Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Bezugspreis: durch unsere Boten [illegible] ins Haus monatlich 1.10 Mk., bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.00 Mk. Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk. Durch Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 3.72 Mk., monatlich 1.24 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus dem Bezirk Schwarzenberg [illegible] Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg [illegible] Pfg., sonst 50 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 11½ Uhr vormittags. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 20 — Sonnabend, den 25. Januar 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Wie es heißt, soll zur Nationalversammlung der Rat der Volksbeauftragten geschlossen nach Weimar verlegt werden.

Die elsässische Autonomistenpartei hat die Bildung eines Völkerbundes der unterdrückten Stämme angeregt.

Nach einem Telegramm aus Tuy ist am 23. dss. Mts. in Valencia die Nachricht eingetroffen, daß in Lissabon die Monarchie ausgerufen wurde.

Die schweizerischen Bundesbehörden haben dem Dr. Adler, der zur internationalen Sozialistenkonferenz nach Bern deligiert war, die Einreisebewilligung versagt.

Wie an gut unterrichteter Stelle in Dresden verlautet, ist von der Regierung als Tag des Zusammentritts der am 2. Februar zu wählenden sächsischen Volkskammer der Montag, 17. Februar, vorläufig in Aussicht genommen.

Der Berliner Zentralrat beschloß, den Rat der Volksbeauftragten zu ersuchen, auch von sozialistischer Seite einen Verfassungsentwurf ausarbeiten und der Nationalversammlung als Material vorlegen zu lassen.

Das Reichswirtschaftsamt hat Gesetze fertiggestellt zur einheitlichen Organisation und Verwendung aller natürlichen Energiequellen (Brennstoffe, Wasserkräfte, Kohle, Torf, Erdöl.)

Stadtverordnetenwahl in Aue.

e. Zum zweiten Male in der kurzen Zeitspanne von acht Tagen tritt die Auer Einwohnerschaft morgen an die Wahlurne. Diesmal ist die Stadtverordneten-Versammlung neu zu wählen, was zum letzten Male im Dezember 1912 geschehen war. Unter ganz anderen Verhältnissen und Umständen als damals geht die Wahl morgen vor sich. Während 1912 nach einem angefeindeten Berufs- und Klassenwahlrecht gewählt wurde, das fünf Berufsklassen eine Höchstzahl von Sitzen im Stadtverordnetenkollegium willkürlich zuteilte, geschieht dies morgen nach dem System der Verhältniswahl, demselben also, das schon am letzten Sonntage bei den Wahlen zur Nationalversammlung in Anwendung kam. Und während 1912 nur Bürger der Stadt Aue im Sinne der Bestimmungen der Städteordnung zur Wahl zugelassen waren, das heißt also nur Personen männlichen Geschlechts im Alter von über 25 Jahren, die im Besitze der sächsischen Staatsangehörigkeit sein und mindestens seit zwei Jahren ihren Wohnsitz in Aue haben mußten, bevor sie das Bürgerrecht erwerben konnten, steht morgen das Stimmrecht allen Einwohnern der Stadt Aue zu, männlichen wie auch weiblichen Geschlechts, die das Alter von zwanzig Jahren erreicht haben. Daraus schon ergiebt sich ohne weiteres, um wie viel größer diesmal der Wählerkreis ist, ferner aber noch, welche Veränderungen zu erwarten sind in der Zusammensetzung der neuen Stadtverordnetenversammlung angesichts des Charakters unserer Stadt als Industriestadt. Im Dezember 1912 waren nur 2527 Personen zur Wahl zugelassen, diesmal sind es deren 11 809, gewiß ein schwerwiegender Unterschied, der aber noch deutlicher wird durch den Hinweis darauf, daß bei der letzten Arbeiterzählung im Mai 1918 hier 5970 Arbeiter festgestellt wurden. Zu jener Zeit hatte Aue infolge der Abwesenheit seiner Kriegs- nur 17 000 und einige Hunderte Einwohner, jetzt, wo die Feldzugsteilnehmer in ihrer Mehrzahl zurückgekehrt sind, dürfen wir annehmen, daß die Einwohnerzahl von 20 000 längst wieder überschritten ist. Entsprechend diesem Zufluß hat sich damit auch die Arbeiterzahl von 5970 beträchtlich erhöht, der Charakter der Industriestadt Aue wird bei der Wahl morgen somit sehr deutlich in Erscheinung treten, nachdem das frühere Klassenwahlrecht durch das gleiche Wahlrecht ersetzt worden ist.

Immerhin aber sollte es nicht sein, selbst bei einem gleichen Wahlrecht nicht, daß in einer Stadtverordnetenversammlung eine bestimmte Berufs- oder politische Klasse das Uebergewicht über die anderen erhält. Es wäre das wohl auch kaum zu erwarten, weil Arbeiterschaft und Sozialdemokratie ja nicht gleichbedeutende Begriffe sind, wenn jeder Bürger — diesmal in politischem und nicht im Sinne der Städteordnung gemeint — von der Wichtigkeit der Wahlhandlung voll überzeugt wäre, durchdrungen sein würde von den Gedanken, Bestrebungen und Zielen der einzigen großen bürgerlichen Partei, die wir im neuen Deutschland haben, und wenn ein jeder schließlich einsehen wollte, daß das Recht, wählen zu dürfen, viel eher eine staatsbürgerliche Pflicht ist, zum mindesten eine Ehrenpflicht! Diese Lauen und Lässigen, die von der Bedeutung einer Stadtverordnetenversammlung nicht die richtige Vorstellung haben oder aus Bequemlichkeit der Wahlurne fern bleiben, müssen aufgerüttelt werden, aus ihrer politischen Trägheit. Denn — darüber wollen wir uns klar sein — in unserem neuen Volksstaate, in dem das Volk sich selbst regieren soll, ist ein Stadtverordnetenkollegium neben einer wirtschaftlichen auch eine politische Körperschaft. In gewisser Hinsicht verdient die städtische Vertretung sogar die hervorragendste Aufmerksamkeit der Einwohnerschaft gemäß dem Sprichworte: Das Hemd liegt näher als der Rock. Man braucht auch nur daran zu erinnern, was für große Aufgaben in allernächster Zeit von den Stadtverordneten in Aue mit zu lösen sein werden, um diese Bedeutung in ihrer vollen Größe würdigen zu lernen. Da sind vor allem finanzwirtschaftliche Fragen in Verbindung mit einer äußerst schwierigen Steuerpolitik zu entwirren, wie sie bestimmt noch niemals an unsere Stadt herangetreten sind. Man bedenke nur, was die Kriegswirtschaft in unserem Gemeinwesen an Kosten verschlungen hat, was für Summen auch voraussichtlich noch für längere Zeit werden aufgewendet werden müssen als Folge des Krieges, z. B. an Erwerbslosenunterstützung, für Notstandsarbeiten usw. Das ganze wirtschaftliche Leben in unserer Stadt ist neu aufzubauen, neue gesetzliche Bestimmungen in ungeahnter Zahl werden durchzuführen sein, desgleichen Schulfragen (Einheitsschule), dem Bauwesen, einer gesunden Wohnungspolitik muß größte Aufmerksamkeit zugewendet werden — es würde unendlich weit führen, wollten wir alle diese Aufgaben der nächsten Zukunft hier aufzählen.

Viel, sehr viel Arbeit und Zeit werden die morgen zu wählenden Stadtverordneten an alle die Forderungen wenden müssen, die man an sie stellen wird. Und da — so fragen wir — sollte es Leute geben, die nicht die eine Sonntagsstunde erübrigen könnten, um ihrer Wahlpflicht zu genügen? Sie mögen bedenken, daß die Stadtverordneten für eine ganze Wahlperiode hindurch — das sind drei Jahre! — einen recht beträchtlichen Teil ihrer freien Zeit opfern müssen zur Ausübung ihres Ehrenamtes und das ohne jedwede Entschädigung! Es darf also keiner geben, der sich zum Bürgertum rechnet und morgen der Wahlurne fernbleiben wollte, denn das wäre ein Unrecht am ganzen Auer Bürgertum, weil diesem ein ebenso großer Einfluß in der Auer Stadtverordnetenversammlung gesichert werden muß, wie ihn zweifellos die Sozialdemokratie (Liste A) erringen wird. Darum ist es fernerhin dringend nötig, daß alle Mitläufer der Sozialdemokratie, also jene, die nicht eingeschriebenes Mitglied dieser Partei sind, am letzten Sonntage aber aus irgend einem Grunde ihren Wahlzettel für die sozialdemokratische Liste abgaben, morgen zur Stadtverordnetenwahl für die Liste O eintreten, das ist die Liste der Deutschen demokratischen Partei, deren Kandidaten Industrie, Handel und Gewerbe entnommen sind, jenen Erwerbsständen also, durch welche die Stadt Aue groß geworden und zu wirtschaftlicher Blüte gelangt ist. Niemand wird bestreiten können oder wollen, auch die Mitläufer vom letzten Sonntag nicht, daß das Wohl der Stadt nur durch ein Stadtverordnetenkollegium gewährleistet werden kann, in dem die Vertreter des Bürgertums dasselbe Stimmgewicht haben wie die der Arbeiterschaft. Ganz besonders muß dabei auch noch hervorgehoben werden, daß die bürgerlichen Vertreter zum überwiegenden Teile Industrie, Handel und Gewerbe angehören müssen, eben weil dieses Dreigestirn für die Stadt Aue aus ihren kleinsten Anfängen heraus stets der Leitstern zu ungewöhnlich kräftiger, segensreicher Entwickelung war. Nicht sonderlich zweckdienlich wäre es beispielsweise auch, wenn sich auf der Liste der Festbesoldeten und Beamten (Liste B) mehr Stimmen vereinigen sollten, als nötig ist, um diesem Berufsstande eine seiner Kopfzahl angemessene Vertretung im Stadtparlamente zukommen zu lassen. Für die Beamten und Festbesoldeten gilt genau dasselbe wie für die Arbeiter: die rein wirtschaftlichen Dinge, die in der Stadtverordnetenversammlung zur Erörterung gelangen werden, sind so eng und innig mit Industrie, Handel und Gewerbe verknüpft, daß vornehmlich Angehörige dieser Stände, die mitten darin stehen, zu ihrer Lösung berufen sein werden. Es müssen Handwerker und Industrielle, Kaufleute und Handwerker, öffentlich-rechtliche Beamte und Privatangestellte nebeneinander im Kollegium sitzen, um miteinander, jeder in den einzelnen Fragen, die seinem Wirkungskreise am nächsten liegen, besonders hervortretend, für das Wohl der Stadt zu raten und zu taten, ohne dabei besondere Interessen irgendwelcher Art im Auge zu haben. Jedem das Seine, aber keine Ueberwältigung des einen durch den andern aus politischem oder persönlichem Ehrgeiz! Das wäre nicht demokratisch und auch nicht sozial; darum sollen alle Stände angemessen vertreten sein, wünschen einmal durch Aufstellung der Beamtenliste eine Rückkehr zu — allerdings freiem — Berufswahlsystem den rein demokratischen Grundsätzen vorgezogen worden ist. Damit soll nun aber nicht etwa gesagt sein, daß für die Stadtverordnetenwahlen die demokratischen Grundsätze nicht mehr in Frage kämen. Nein, ganz im Gegenteil! Wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß genug bürgerlich-demokratische Beamte und Festbesoldete morgen ihrer politischen Ueberzeugung gern das kleine Opfer bringen werden, sich im Interesse der ganzen großen Allgemeinheit und des Wohles unserer Stadt nicht an Liste B gebunden zu fühlen und ihre Stimme für die demokratische Liste abzugeben, wie andererseits auch nicht daran zu zweifeln ist, daß sozialdemokratisch gesinnte Angestellte sich für Liste B entscheiden werden. Schließlich ist auch nur zu wünschen, daß der Deutsche endlich einmal politisch selbständig wird und aus dem Klassen- und Kastengeist herauskommt, in dem sich freie Menschen gar nicht wohlfühlen können. Die Frauen und Mädchen haben diesen Geist glücklicherweise nie kennen gelernt, weshalb sie morgen auch frei und unbefangen in die Wahlschlacht gehen dürften.

Mögen die Stadtverordnetenwahlen somit in echt demokratischem Sinne ausfallen! Die Wahlen zur Nationalversammlung haben der Deutschen demokratischen Partei im Reiche einen vollen Erfolg gebracht, in Aue war das Ergebnis sogar glänzend. So muß es auch morgen dem Ansturm des vereinten Bürgertums gelingen, sich im Auer Stadtverordnetenkollegium den Platz zu erobern, der ihm zukommt. Noch einmal: bleibe kein Bürgerlicher, weder Frau noch Mädchen, weder Mann noch Jüngling, der Wahl fern, es kommt auf jede einzelne Stimme an. Dann wird die Wahl auch gute Früchte zeitigen!

Ebert über die Nationalwahlen

Seine Hoffnung auf eine sozialdemokratisch-demokratische Regierung.

Der Volksbeauftragte Ebert hat den Vertreter der Kölnischen Zeitung zu einer Unterredung empfangen. Dieser bat ihn, sich über das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen auszusprechen. Ebert entwickelte seinen Standpunkt in nachstehenden Ausführungen: Das Ergebnis der Wahlen hat nachträglich unser Recht bestätigt, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Die sogenannten nationalen Parteien haben nur kümmerliche Reste (? Red.) ihres Besitzstandes zu erhalten vermocht. Für sie ist diese erste und wichtigste Wahl wirklich zum Volksgericht geworden. Die Demokraten haben verhältnismäßig gute Fortschritte gemacht. Es muß sich nun allerdings erst zeigen, ob sie wirklich zu einer neuen einheitlichen Partei geworden sind, die eine gemeinsame Weltanschauung trägt. Die unabhängige Sozialdemokratie ist die geblieben, die sie immer war, ein Gritzpchen. Der Anspruch auf völlige Gleichberechtigung mit uns wird durch das Wahlergebnis in das richtige Licht gesetzt, das uns achtmal so stark zeigt, wie sie, die mit der deutschen Volkspartei, den Herren Stresemann und Rießer am schlechtesten abgeschnitten hat. Doch reicht unsere Stärke nicht zur alleinigen Uebernahme der Regierung. Sie wird so groß sein, daß tatsächlich nichts geschehen kann, was unseren Grundsätzen widerspricht. Das gilt auch für die neu zu bildende Reichsregierung. Die Partei, die darin die Sitze mit uns teilen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Zusammenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur in demokratischem, sondern auch in sozialdemokratischem Sinne erfolgt. Von bürgerlicher Seite ist manches geschehen, was den Verdacht begründet erscheinen läßt, als sähe sie in der Nationalversammlung ein Mittel der Rückwärtsrevidierung. Solche Bestrebungen würden bei uns den heftigsten Widerstand finden.

Jeder Versuch, die alten Machtverhältnisse gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufleben zu lassen, wäre das Signal für neuen Aufruhr und damit für eine Verewigung der verfahrenen Zustände, die unser Wirtschaftsleben je länger je mehr untergraben müsste. (Wenn die Regierung jede Neigung zur Rückwärtsrevidierung im Keime ersticken will, so kann sie das nicht wirksamer tun als dadurch, daß sie an Stelle der jetzigen verfahrenen Zustände mit möglichster Beschleunigung wieder stabile und geordnete Verhältnisse schafft. Red.)

Die Verhandlungen mit den Polen.

Die Verhandlungen mit den Polen.

Zu den in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen den preußischen Polen und der Reichsregierung erfahren die Politisch-Parlamentarischen Nachrichten von maßgebender Seite: Die Polen in Posen haben die Reichsregierung um Kohlenlieferung ersucht und sich dafür bereit erklärt, Lebensmittel zu liefern. Die Reichsregierung habe das Ersuchen in dieser Form abgelehnt und erklärt, daß sie aus dem preußisch-polnischen Problemkomplex nicht einzelne Fragen herausschälen könne, sondern darauf bestehen müsse, daß das deutsch-polnische Verhältnis in seiner Gesamtheit erörtert wird. Die preußischen Polen haben sich damit einverstanden erklärt, drei Vertreter sind in Berlin eingetroffen. Heute nachmittag beginnen ihre Verhandlungen mit der Regierung des Reichs und Preußens. In den getroffenen Maßnahmen zur Zurückweisung der polnischen Ansprüche wird durch diese Verhandlungen nichts geändert.